



Die Flüchtlingspolitik der niedersächsischen Landesregierung verfolgt das Ziel Menschen, die Asyl beantragen möglichst schnell aus dem Land zu vertreiben. Dafür werden die Flüchtlinge nahezu ausschließlich in Lagern untergebracht, um sie von der Gesellschaft zu isolieren. Die Lebensbedingungen im Lager sind darauf ausgerichtet, den psychischen Druck auf die Flüchtlinge zu erhöhen, sie zu reglementieren und zu kontrollieren und ihre Lebensperspektive im Schwebезustand zu halten. Die gesundheitliche Versorgung und die Ernährungssituation sind unzureichend. Rassistische Schikanen durch MitarbeiterInnen der Behörden sind alltäglich.

Gegen diese Missstände protestieren die Flüchtlinge aus dem Lager Blankenburg/Oldenburg. Sie sind seit dem 04.10.06 im Streik. Konkret heißt das: Sowohl das Kantinenessen als auch die 1 Euro-Jobs werden boykottiert. Die Streikenden fordern stattdessen die Auszahlung von Bargeld und das Recht, ihre Nahrung selbstbestimmt zubereiten zu können. Darüber hinaus wird eine angemessene und den hiesigen Standards angepasste Gesundheitsversorgung gefordert. Grundsätzlich fordern sie eine Unterbringung in Wohnungen und ein Recht auf Arbeit.

Durch viele Demonstrationen und Protestaktionen haben sie diese Forderungen in die Öffentlichkeit gebracht und die konkreten Missstände in den Lagern sichtbar gemacht.

Die Forderungen der Flüchtlinge werden seit Jahren von Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Bündnis 90/Die Grünen, der Linkspartei und dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat gestellt und stoßen bei der niedersächsischen Landesregierung auf Ablehnung.

In Niedersachsen wird seit 2000 eine Politik betrieben, in der Flüchtlinge möglichst nur noch in Lagern leben sollen. Die Umverteilung in Wohnheime und Wohnungen in die Gemeinden wurde weitgehend eingestellt. Umverteilungen finden seitdem hauptsächlich zwischen den drei großen Lagern statt, diese sind ZAAB Braunschweig, ZAAB Oldenburg und das Abschiebelager Bramsche Hesepe. In der Regel müssen die Flüchtlinge inzwischen 2 bis 3 Jahre und länger in Lagern leben.

Ziel der niedersächsischen Lagerpolitik ist es, die Flüchtlinge mit miserablen Lebensbedingungen und Schikanen unter Druck zu setzen um ihre Ausreise zu erzwingen. Ein Antrag auf Asyl hat in Deutschland nur verschwindend geringe Aussichten auf Erfolg. Die Anerkennungsquote liegt bei 0,9 % plus den ca. 4,6 % die einen Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten. Diese Politik der Fluchtabwehr bedeutet für die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge, dass sie lediglich in der Zeit bis zur Entscheidung ihres Asylantrages berechtigt sind, in Deutschland zu leben und dieses Leben soll ihnen so schwer wie möglich gemacht werden. Schönemann erklärt dazu: „(Es) müsse eine faktische Verfestigung des Aufenthaltes der weit überwiegenden Zahl der Betroffenen verhindert werden. Dies könne am besten in einer zentralen Landeseinrichtung erreicht werden.“ Die Rückkehrförderung steht im Zentrum der Landespolitik. Diese Politik lässt sich die Landesregierung etwas kosten. Die Kosten für eine Unterbringung im Lager betragen ungefähr das Dreifache gegenüber der dezentralen Unterbringung in den Gemeinden. Das Innenministerium begründet diese Mehrkosten ganz offen mit dem Argument, dass dafür in der Zukunft die Folgekosten sinken werden,



weil die Ausreise der Flüchtlinge in den Lagern besser erzwungen werden kann. Folge dieser Politik ist nicht nur, dass die Ausreisepolitiken steigen, sondern auch, dass viele Flüchtlinge in die Illegalität getrieben und damit kriminalisiert werden.

Die Forderungen der Flüchtlinge aus Blankenburg richten sich ebenso gegen die niedersächsische Interpretation des Asylbewerberleistungsgesetzes. Hierin heißt es, dass Flüchtlingen „vorrangig“ Sachleistungen zu gewähren seien. Doch die Möglichkeit Geldleistungen auszuzahlen ist in diesem Gesetz ebenfalls ausdrücklich vorgesehen. Mittlerweile sind 9 von 16 Bundesländern ganz oder überwiegend auf die Auszahlung von Bargeld an Flüchtlinge umgestiegen! Unter anderem fordern wir von der Landesregierung die Auszahlung von Bargeld an die Flüchtlinge.

Das Lagerleben macht krank. Im Asylbewerberleistungsgesetz ist demgegenüber lediglich eine akute Notbehandlung vorgesehen. Zwar gibt es eine Krankenstation im Lager Blankenburg, doch das Problem ist, dass Flüchtlinge, die mit Beschwerden dort hinkommen, immer wieder insistieren müssen um behandelt zu werden. Eine freie Arztwahl gibt es nicht und wenn sie zu Spezialisten überwiesen werden, sind dies VertragsärztInnen des Sozialamtes, die sie ebenfalls häufig wieder nach Hause schicken. Es gibt keinen Übersetzungsdienst für Krankenbesuche und so eine total reduzierte Kommunikation zwischen Arzt/Ärztin und PatientIn. Diese Situation hat in vielen Fällen dazu geführt, dass wichtige Behandlungen nicht stattgefunden haben. Hier sind Fälle bekannt, die von der Verweigerung einer Brille trotz schwerer Sehbehinderung hin bis zu einer mutmaßlich nicht diagnostizierten Krebserkrankung reichen.

Der Kampf der Flüchtlinge gegen die niedersächsische Lagerpolitik und für die Verbesserung ihrer Situation ist legitim. Es gibt ein Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit, das Jeder und Jede wahrnehmen kann. Die zuständigen Behörden sind den Streikenden bislang nicht im Geringsten entgegengekommen. Stattdessen reagieren sie mit Desinformation, exemplarischer Bestrafung und Einschüchterung. Die massive Polizeipräsenz im Lager Blankenburg, die ständigen Botschaftsvorführungen (zur Beschaffung der Papiere für die Abschiebung) speziell der AktivistInnen und die Kontrolle der Kantinenausweise soll zu einem Klima der Angst unter den Streikenden führen. Die Umverlegung einzelner AktivistInnen soll die Bewegung spalten. Bisher wurden

drei Flüchtlinge umverteilt. Die Behörden gehen dazu über, AktivistInnen, die am Streik beteiligt sind, auch in dezentrale Wohnungen umzuverteilen, damit in anderen niedersächsischen Lagern nicht ebenfalls Unruhen ausbrechen. So wurde jetzt auch ein Aktivist aus Bramsche, der kürzlich nach Braunschweig transferiert worden war, dezentral untergebracht. Die Angst der Landesregierung vor dem Protest der Flüchtlinge in den Lagern wird offensichtlich.

Das Ein- und Ausreiselager Blankenburg ist nicht weniger als eine institutionalisierte Menschenrechtsverletzung. Das ist nicht nur für die Betroffenen eine Katastrophe und diese Realität verweist auf die prinzipielle Frage, wie mit Flucht und Migration in diesem Land umgegangen wird. Wir solidarisieren uns mit den Forderungen der Flüchtlinge und verurteilen die niedersächsische Lagerpolitik, die darauf zielt Menschen auszuschließen, zu entrechten, zu isolieren und ihnen jede Perspektive in diesem Land zu nehmen. Wir rufen Gewerkschaften, Parteien, Verbände und Einzelpersonen auf, sich diesem Protest anzuschließen. Stellen wir uns der menschenfeindlichen Politik gemeinsam entgegen.

## **Gleiche Rechte für alle!**

## **Für globale Bewegungsfreiheit!**

Der Streik der Flüchtlinge für Würde und angemessene Lebensbedingungen erfordert nicht nur politische, sondern auch praktische Unterstützung. Denn grundsätzlich gilt: Kein Streik ohne Streikkasse! Erwünscht sind in erster Linie Geldspenden: Mit dem Geld werden die Grundnahrungsmittel gekauft, die jeden Tag zum Lager gefahren und dort von den Flüchtlingen selbst verteilt werden. Das Geld sollte bitte auf das Spendenkonto überwiesen werden. Aber auch Lebensmittelspenden sind sehr willkommen, sie können im Oldenburger Kulturzentrum Alhambra abgegeben werden.

**Kontoverbindung:** Arbeitskreis Dritte Welt e.V., Konto-Nr. 015 131 337 BLZ 280 501 00, LZ0, Verwendungszweck: Blankenburg

**Kontakt:**  
Antirassistisches Plenum  
c/o Alhambra, Hermannstr. 83  
antira-ol@web.de  
0160/96857380  
[www.alhambra.de/nolager](http://www.alhambra.de/nolager)



**+jedeslageristeinlagerzuviel+jedeslageristeinlagerzuviel+**